

V-4 Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Wir solidarisieren uns mit den Menschen in Bergkarabach. Der armenische Name
2 lautet Arzach, aber wir benutzen in diesem Antrag den international üblichen
3 Namen Bergkarabach. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidschans und setzen uns
4 für die 100.000 vertriebenen Menschen ein. Für uns ist aber klar: der Angriff
5 steht nicht für sich allein, sondern ist eingebunden in geopolitische Interessen
6 und Konflikte. Dementsprechend benötigt es eine internationalistische Analyse
7 und politische Praxis unsererseits sowie Solidarität mit der hiesigen
8 migrantisch-armenischen Community.

9 Worum geht es jetzt? – Zur aktuellen Situation

10 Nach einer neunmonatigen Blockade des Latschin-Korridors und der humanitären
11 Krise, die daraus erfolgte, startete Aserbaidschan am 19.09.2023 einen
12 militärischen Großangriff auf die Region. Dabei starben mindestens 200 Menschen
13 und über 400 wurden verletzt. Hunderte werden immer noch vermisst. Aserbaidschan
14 errichtete Binnenblockaden und schnitt ganze Dörfer und Städte von der Außenwelt
15 ab. Eine Massenvertreibung setzte ein. Innerhalb von weniger als zwei Wochen
16 entleerte sich die Region. Über 100.000 Armenier*innen blieb nur noch die Flucht
17 als die einzige Option. Armenien ist mit der Anzahl der geflüchteten Menschen
18 maßlos überfordert und braucht dringend humanitäre Hilfe.

19 Der Alijew-Clan

20 Der autoritäre Staatschef Aserbaidschans, Ilham Alijew, schürt seit Jahren Hass
21 gegen Armenier*innen, unterdrückt oppositionelle Kräfte mithilfe eines riesigen
22 Sicherheitsapparates und lässt politische Gegner*innen verhaften.

23 Von Nationalismus getrieben, stellt er auch die territoriale Integrität des
24 Nachbarlandes Armenien infrage. Die armenische Regierung hat die territoriale
25 Integrität Aserbaidschans im Mai 2023 anerkannt und auch die Region
26 Bergkarabach, die mehrheitlich von Armenier*innen bewohnt ist, als Teil
27 Aserbaidschans akzeptiert.

28 Aserbaidsschan wird seit nun 50 Jahren mit einer kurzweiligen Unterbrechung vom
29 Alijew-Clan regiert. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2023 von Reporter ohne
30 Grenzen befindet sich Aserbaidsschan auf Platz 151 von 180. Im Demokratieindex
31 2022 wird Aserbaidsschan auf Platz 134 von 167 eingestuft.

32 Alijew macht sich den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zunutze. Er
33 stillt den Bedarf der EU an fossilen Energieträgern und setzt diese als
34 Druckmittel gegen die europäische Staatengemeinschaft ein. Die EU-
35 Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete Aserbaidsschan als
36 zuverlässigen Partner.

37 **Der Panturkismus – eine transnationalistische Ideologie**

38 Die Armenier*innen befürchten einen neuerlichen militärischen Angriff auch auf
39 das Staatsgebiet der Republik Armenien. Die Ideologie des Panturkismus stellt
40 für die kleine Republik eine ernsthafte Existenzbedrohung dar. Der Panturkismus
41 ist eine nationalistische Ideologie, die die Bestrebung verfolgt, alle
42 Turkvölker (u.a. Türk*innen, Azeris oder Turkmen*innen) kulturell und
43 geografisch zu vereinen.

44 Dass Armenier*innen Opfer eines osmanischen Genozids wurden, getrieben durch das
45 jungtürkische Regime im Ersten Weltkrieg, ist bis heute ein rotes Tuch für
46 türkische Nationalist*innen - die Anerkennung des Genozids an den Armenier*innen
47 wird vom türkischen Staat gelehrt. Dieser Geschichtsrevisionismus wird u.a.
48 über die türkischen Rechtsextremen, die Grauen Wölfe, in Deutschland verbreitet.

49 **Die Türkei als Komplize**

50 **Aserbaidsschan ignoriert und verletzt systematisch internationales Recht**

51 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Alijew sich von bloßen Aufforderungen
52 internationaler Partner unbeeindruckt lässt. Ferner wird er durch das NATO-
53 Mitglied Türkei in seinen bisherigen Bestrebungen unentwegt und tatkräftig
54 unterstützt.

55 Nach seinem Militäreinsatz ist Aserbaidsschan für die Sicherheit und die
56 Einhaltung der Rechte der Armenier*innen verantwortlich gewesen, aber wie der
57 Verlauf der Ereignisse zeigt, kam Aserbaidsschan seiner Verpflichtung nicht nach.
58 Dabei warnten Menschenrechtsorganisationen,
59 wie das Lemkin-Institut für Völkermordprävention oder die Gesellschaft für
60 bedrohte Völker seit 2022 vor der genozidalen Intention Aserbaidsschans. Laut
61 Art II (c) der UN-Völkermordkonvention liegt der Tatbestand eines Genozids bei
62 einer vorsätzlichen Auferlegung von Lebensbedingungen vor, die geeignet sind,
63 die körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Die

64 Hungerblockade vom Dezember 2022 bis September 2023 entsprach diesem
65 Straftatbestand.

66 Bereits am 22. Februar 2023 sowie zuletzt im Juli 2023 forderte der
67 Internationale Gerichtshof (IGH) Aserbaidschan auf, alle Maßnahmen zu ergreifen,
68 um einen ungehinderten Personen-, Fahrzeug- und Güterverkehr entlang des
69 Latschin-Korridors in beide Richtungen zu gewährleisten.

70 **Positionierungen im UN-Sicherheitsrat**

71 In der Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates vom 21. September
72 verurteilten die Außenministerinnen Deutschlands und Frankreichs die
73 militärische Aggression Aserbaidschans gegen die Armenier*innen in Bergkarabach
74 und forderten Aserbaidschan dazu auf, die territoriale Integrität Armeniens zu
75 respektieren. Ferner verlangten sie nach internationalem Recht
76 Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs vonseiten
77 Aserbaidschans.

78 Die Republik Armenien ist eine junge postsowjetische Demokratie, die aufgrund
79 der jüngsten Entwicklungen in Bergkarabach in eine schwere innenpolitische Krise
80 stürzte. Die Außenministerin Annalena Baerbock forderte, dass die Demokratie in
81 Armenien nicht durch dritte Staaten unterminiert werden sollte. Die Republik
82 Armenien hat angesichts des russischen Versagens als Schutzmacht für den
83 Waffenstillstand in Bergkarabach seine bisher engen Beziehungen zu Russland
84 gelockert und versucht, sich dem Westen anzunähern. Am 03. Oktober 2023 stimmten
85 die armenischen Abgeordneten im Parlament für die Ratifizierung des Römischen
86 Statuts. Der Kremel hatte zuvor Armenien vor diesem Schritt gewarnt.

87 **Deutschlands historische Verantwortung**

88 Wir erwähnen mit Nachdruck, dass Deutschland eine besondere historische
89 Verantwortung gegenüber Armenier*innen trägt. 2016 hat der Bundestag in seiner
90 Resolution zur Anerkennung des Genozids an den osmanischen Christen dies zum
91 Ausdruck gebracht. Während des Ersten Weltkriegs war das Deutsche Kaiserreich
92 militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches und daher besonders
93 umfassend über die Vernichtung der Armenier*innen und anderer christlicher
94 Bevölkerungsgruppen informiert. Dennoch hat die deutsche Staatsführung den
95 Genozid damals stillschweigend hingenommen. Der Bundestag bekannte sich in
96 seinen Resolutionen von 2005 und 2016 ausdrücklich zu seiner historischen
97 Mitverantwortung.

98 **Unsere Forderungen**

99 Damit dennoch ein dauerhafter Frieden ermöglicht werden kann, fordern wir:

- 100 • **Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs:**
101 Aserbaidshans muss sich dazu verpflichten Sicherheitsgarantien für die
102 armenische Bevölkerung Bergkarabachs nach internationalem Recht zu geben.
103 Damit die vertriebenen Menschen in ihre Heimat zurückkehren können.

- 104 • **Die territoriale Integrität Armeniens muss von Aserbaidshans akzeptiert**
105 **werden.** Die Türkei als NATO-Mitglied sollte mit dem Säbelrasseln aufhören.

- 106 • **Die vollständige Öffnung des Latschin-Korridors für den Personen- und**
107 **Güterverkehr in beide Richtungen!**

- 108 • Es bedarf einer **entmilitarisierten Zone zwischen Armenien und**
109 **Aserbaidshans.**

- 110 • Eine internationale EU-Beobachtermission soll in die Region entsandt
111 werden, um als Drittpartei die Rolle einer Vermittlung übernehmen zu
112 können.

- 113 • **Konsequente Aufklärung der Korruptionsaffäre Aserbaidshans:** Das Alijew-
114 Regime hat Kaviar-Diplomatie in Deutschland und der EU betrieben. Unter
115 der Kaviar-Diplomatie sind Bestechungen oder die Einflussnahme auf
116 politische Entscheidungsprozesse zu verstehen, die auf Luxusgeschenken
117 basieren.

- 118 • Aufgrund der Vertreibung von über 100.000 Armenier*innen muss Deutschland
119 gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten **Sanktionen gegen das Alijew-**
120 **Regime** verhängen. Vermögen von Mitgliedern des Alijew-Clans im Ausland
121 sollten eingefroren werden.

- 122 • Wir vertreten diese Forderungen als Verband, insbesondere in der
123 Öffentlichkeit und machen Druck im Sinne und in Solidarität mit den
124 Menschen in Bergkarabach, auch gegenüber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der
125 Regierung.

126 **Wichtige Themen nicht den Rechten überlassen**

127 Außerdem möchten wir betonen, dass dieser Konflikt im Kern kein religiöser
128 Konflikt ist. Innenpolitisch versuchen rechte Kräfte in Deutschland, unter
129 anderem die rechtsextreme Partei, die AfD, die Situation im Südkaukasus für ihre
130 politische Hetzkampagne zu instrumentalisieren, indem sie gezielt den
131 christlichen Hintergrund der Armenier*innen gegen den muslimischen Hintergrund
132 der Türk*innen oder Aserbaidshaner*innen auszuspielen versuchen. Wir treten
133 entschieden gegen diesen Versuch der gesellschaftlichen Spaltung ein.